

Newsletter November / Dezember



„Es braucht nicht viel, um als schwierige Frau zu gelten. Deshalb gibt es so viele von uns.“

Jane Goodall, britische Verhaltensforscherin († 1.10.2025)

Informationen

Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages zur Bedeutung kommunaler Gleichstellungsarbeit

Das Präsidium des Deutschen Städtetages hat in seiner 458. Sitzung am 16. September 2025 die Bedeutung der kommunalen Gleichstellungsarbeit festgestellt.

Im Beschluss wird hervorgehoben:

1. Das Staatsziel der Gleichstellung der Geschlechter aus Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes ist noch nicht erreicht. Es existieren in unterschiedlichen Lebensbereichen nach wie vor strukturelle Benachteiligungen von Frauen, die deren gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe beeinträchtigen.
2. Deshalb wird die Bedeutung der kommunalen Gleichstellungsarbeit hervorgehoben als wirksames Mittel zur Erfüllung des Staatsziels aus dem Grundgesetz und seiner untergesetzlichen Ausgestaltungen.
3. Die Gleichstellung der Geschlechter und der Schutz vor Diskriminierung stärken eine demokratische Gesellschaft. Die Arbeit der kommunalen Gleichstellungsstellen trägt wesentlich dazu bei, über die Verwaltung hinaus für gesellschaftliche Problemstellungen zu sensibilisieren. Ihre Arbeit darf dabei nicht geschwächt werden.
4. Das Präsidium begrüßt außerdem die Essener Erklärung, die auf der 35. Konferenz der GFMK einstimmig beschlossen wurde.

Der vollständige und wörtliche Beschlusstext ist nachzulesen unter: www.staedtetag.de

Damit hat das Präsidium des Deutschen Städtetages ein starkes politisches Signal nicht nur an seine Mitgliedsverbände gesendet.

Universität Leipzig benennt „Juristenfakultät“ in „Juristische Fakultät“ um

Die Juristische Fakultät der Universität Leipzig hat ihren Namen mit deutlicher Mehrheit im Fakultätsrat geändert und verwendet nun die historisch korrekte Bezeichnung. Bereits seit dem 15. Jahrhundert verzichtet der lateinische Begriff „*facultas iuridica*“ auf das generische Maskulinum und verweist ausschließlich auf den Gegenstand: das Recht. Gleichzeitig erleichtere die neue Bezeichnung die internationale Kommunikation im Zuge der zunehmenden Ausrichtung von Forschung und Lehre. Dekanin Professorin Katharina Beckemper, die als erste Frau in der fast 600-jährigen Geschichte der Fakultät an ihrer Spitze steht, erklärt: „Die Entscheidung bündelt historische Kontinuität, eine zeitgemäße Ausdrucksweise und ein reflektiertes Verständnis von Gleichstellung.“ ([Pressemitteilung vom 14. August 2025](#))

Der Deutsche Juristinnenbund e.V. (djb) begrüßt die Umbenennung ausdrücklich. Susanne Köhler, Vorsitzende des djb-Landesverbands Sachsen, unterstreicht: „Mit der Umbenennung setzt die Universität ein wichtiges Zeichen über die Grenzen von Sachsen hinaus – auch in Zeiten von Stimmungsmache gegen geschlechtergerechte Sprache ist es richtig und wichtig, an inklusiver Sprache zu arbeiten.“ (vgl. [Pressemitteilung vom 21. August 2025](#)). Zugleich mahnt der djb an, dass

sprachliche Veränderungen auch mit strukturellen Maßnahmen einhergehen sollten, etwa durch mehr Vielfalt im Lehr- und Wissenschaftspersonal.

Bericht der Bundesregierung zur Evaluierung der Istanbul Konvention

Die Bundesregierung hat am 17. Oktober 2025 ihren Bericht zur Evaluierung der Istanbul-Konvention vorgelegt und dabei Fortschritte im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt auf allen staatlichen Ebenen aufgezeigt.

Dieser Bericht ist ein obligatorischer Teil der Umsetzung der Istanbul-Konvention. Die Expertengruppe 'Group of Experts on action against violence against women and domestic violence' ([GREVIO](#)), die bereits am 7. Oktober 2022 ihren ersten [Bewertungsbericht](#) zur deutschen Umsetzung veröffentlichte, konzentriert sich bei dieser Evaluierung auf das Thema "Vertrauen schaffen durch Unterstützung, Schutz und Gerechtigkeit". Deutschland bekräftigt sein Engagement für die Istanbul-Konvention und zeigt bei der Evaluierung wichtige neue Schritte gegen Gewalt an Frauen und häusliche Gewalt.

Im Kern wurde festgestellt, dass das Bewusstsein für das Thema häusliche Gewalt stärker geschärft werden muss. Gleichzeitig muss auch der Blick auf das Thema digitale Gewalt mehr in den Mittelpunkt von Prävention und Aufklärung gerückt werden, so einige Kernaussagen des Evaluierungsberichtes. Eine der wichtigsten Errungenschaften ist die Verabschiedung des [Gewalthilfegesetzes](#). Mit dem Gewalthilfegesetz wird ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt sichergestellt. Zudem wurde die Datenerfassung zu geschlechtsspezifischer Gewalt verbessert und das Hilfesystem weiter ausgebaut. Darüber hinaus stärken verschiedene Programme und Kampagnen das Bewusstsein für das Thema Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt.

Die unabhängige [Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt](#) am Deutschen Institut für Menschenrechte wurde vom Bundesgleichstellungsministerium beauftragt, die Umsetzung der Istanbul-Konvention zu beobachten und zu bewerten.

FAQ und Factsheet zur EU-Gewaltschutzrichtlinie

Am 13. Juni 2024 ist die Richtlinie der EU zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in Kraft getreten. Sie ist der erste umfassende Rechtsakt auf EU-Ebene zum Schutz vor häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen und ein wichtiger Baustein der EU-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter. Die EU-Gewaltschutzrichtlinie enthält vielfältige Verpflichtungen in den Bereichen Strafrecht, Zugang zur Justiz, Opferschutz, Opferhilfe, Prävention und Intervention sowie Koordinierung und Zusammenarbeit. Sie ist zudem ein bedeutender Schritt auf dem Weg zur einheitlichen Umsetzung der Istanbul-Konvention in der EU. Da es sich um eine Richtlinie handelt, lässt sie den Mitgliedstaaten Spielraum bei der Umsetzung in nationales Recht. Deutschland hat hierfür Zeit bis zum 14. Juni 2027. Um die Wirkungsweisen, Ziele und Inhalte verständlich darzustellen, hat die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt beim Deutschen Institut für Menschenrechte ein FAQ mit 30 Fragen und Antworten erstellt. Es bietet Informationen zur Richtlinie und erklärt das Verhältnis zur Istanbul-Konvention. Zusätzlich fasst das zugehörige Factsheet die wichtigsten Informationen zur Richtlinie zusammen.

Beides zu finden unter folgendem Link:

[30 Fragen und Antworten zur EU-Gewaltschutzrichtlinie | Institut für Menschenrechte](#)

Deutsche Sprache gefährdet? Nein, sagt die Forschung!

Immer wieder gibt es Gerüchte, die deutsche Sprache sei im Niedergang begriffen. Zu viel Englisch, sagen die einen. Zu viele Sprachen durch Zuwanderung, die anderen. Der vierte deutsche Sprachbericht hat Antworten.

Die Vielfalt (und für viele Menschen auch: Schönheit) der deutschen Sprache liegt unter anderem an ihrer Fähigkeit, Wörter anderer Sprachräume zu integrieren und selbstständig weiterzuentwickeln. So haben viele Wörter, die wir heute als "deutsch" bezeichnen, historisch wie geografisch bedingt, ihren Ursprung in anderen Sprachen. Ob wir Argumente (lateinisch) für oder gegen Automobile (griechisch) finden, ob wir zu unserem Quark (slawisch) auch eine Zigarette (romanisch) genießen, ob wir Slalom (nordisch) fahren oder uns zum Picknick (englisch) treffen – immer haben wir lebendige Beweise für eine sprachliche Völkerverständigung. Auch an den Namen vieler Städte sehen wir täglich die fremdsprachlichen Einflüsse - in Ostdeutschland vor allem die [slawische Geschichte unserer Region](#) (von Leipzig bis Görlitz).

Trotzdem haben viele Menschen offenbar die Befürchtung, dass diese vielfältige Sprache durch noch mehr Vielfalt an Bedeutung verlieren könnte. Völlig unbegründet, sagt der aktuelle Bericht der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und der Akademienunion. Unter dem Titel "Deutsch in Europa. Vielfalt, Sprachnormen und Sprachgebrauch" setzen sich 22 renommierte Sprachwissenschaftlerinnen und Sprachwissenschaftler mit dieser Frage auseinander und kommen zu einem eindeutigen Ergebnis. Zwar seien die Einflüsse anderer Sprachräume, denen die deutsche Sprache auch heute ausgesetzt ist (vor allem durch Anglizismen und Zuwanderung), eine Herausforderung, würden aber nicht zu deren Untergang führen.

Im Gegenteil sehen die Wissenschaftler eher die Chance, dass die sich sogar erweitern könnte "durch eine gute Schule und Personen, die neu zugezogen sind". Durch Zuzug würden mehr Menschen Deutsch lernen und sprechen und die Sprache damit vor dem Rückgang retten. "Es scheint nicht so schlecht zu funktionieren. Nach den letzten statistischen Erhebungen von 2024 ist die Hausprache in Deutschland in weniger als 15 Prozent eine andere als Deutsch. Das heißt, es wird in den Familien weitgehend auch das Deutsche gesprochen", sagte Sprachwissenschaftler Ludwig M. Eichinger.

Bericht und Pressemeldung nachzulesen unter: www.akademienunion.de

Umsetzung des Gewalthilfegesetzes und die Rolle der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten – Eckpunkte des Landesaktionsplanes

Ausgangspunkt:

Das Gewalthilfegesetz (offiziell: Gesetz für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt) wurde am 14. Februar 2025 vom Bundesrat verabschiedet und trat am 28. Februar 2025 in Kraft. Es schafft erstmals einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder, der ab dem 1. Januar 2032 einklagbar wird.

Ziele des Gewalthilfegesetzes:

- Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung: Ab 2032 erhalten gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder einen verbindlichen Anspruch auf kostenfreie Unterstützung.
- Flächendeckendes Hilfesystem: Die Länder sind verpflichtet, ein bedarfsgerechtes Netz aus Frauenhäusern und Beratungsstellen aufzubauen.

Finanzielle Unterstützung: Der Bund beteiligt sich ab 2027 an den Kosten und stellt bis 2036 insgesamt 2,6 Milliarden Euro für den Ausbau und die Regelfinanzierung des Hilfesystems bereit.

Für die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten ergeben sich basierend auf dem Landesaktionsplan zur Bekämpfung häuslicher Gewalt konkrete Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten, die teilweise ausdrücklich benannt sind oder sich aus den benannten Maßnahmen ergeben.

Derzeit vorliegend sind die Eckpunkte zum Sächsischen Ausführungsgesetz zum Gewalthilfegesetz, welches am 1. Januar 2027 in Kraft treten soll. In das Ausführungsgesetz sollen die Ergebnisse der derzeit laufenden Planungskonferenzen einfließen. Für Sachsen beachtlich, dass auch ein Anwendungsbereich für von Gewalt betroffenen Männer berücksichtigt werden soll.

Ausgestaltung der Finanzierung sowie die Ausgestaltung der Anforderungen an Träger erfolgen im Rahmen einer zu erarbeitenden Rechtsverordnung in enger Anlehnung an die Richtlinie Chancengleichheit.

Exemplarisch Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten, die sich für kommunale Gleichstellungsbeauftragte ergeben können (KI generiert):

- Bewusstseins- und Sensibilisierungsmaßnahmen zu geschlechterspezifischer und häuslicher Gewalt (Säule aus dem LAP)
- Vernetzung und Verbindung lokaler Unterstützerdienste
- Einbindung staatlicher Ebenen und vorhandener lokaler Akteure, zu denen immer auch kommunale Gleichstellungsbeauftragte gehören
- Öffentlichkeitsarbeit über örtliche Hilfs- und Schutzangebote sowie bestehende Beratungs-, Interventions- und Schutzstrukturen

Umgang mit Antifeminismus – Empfehlungen für Veranstaltungen

Die Fachstelle gegen Antifeminismus und Queerfeindlichkeit Baden-Württemberg, das Gunda-Werner-Institut, die Meldestelle Antifeminismus bei Lola für Demokratie e.V. sowie Spotlight - Antifeminismus erkennen und begegnen haben eine Handreichung aus und für die Praxis zum Umgang mit Antifeminismus erarbeitet und herausgegeben.

Herausgeberin ist die Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V., das Projekt Spotlight – Antifeminismus erkennen und begegnen. Das Projekt startete im Januar 2022 mit dem Ziel Gefahren und antidemokratische Dynamiken von Antifeminismus sichtbar zu machen und ihnen entgegenzuwirken.

Antifeministische Einstellungen und Denkweisen haben weitreichende Folgen. Ihre systematischen Angriffe auf Gleichstellungsprozesse und gegen sexuelle sowie geschlechtliche Vielfalt stehen einem liberalen Demokratieverständnis konträr gegenüber und behindern den Weg zu einer gleichberechtigteren freien Gesellschaft.

Gerade bei öffentlichen Veranstaltungen mit klar feministischen oder queeren Inhalten besteht immer mehr das Risiko antifeministischer Angriffe wie direkte Störungen, Bedrohungen oder Online-Mobilisierung sowie Shitstorms gegen diese Veranstaltungen. Das Arbeitspapier bietet praxisnahe Empfehlungen zum sicheren Umgang mit antifeministischen Angriffen. Die Handreichung ist als PDF zu finden auf: <https://www.spotlight-antifeminismus.de>

Gender Gap Report 2025 – Der lange Weg zur Gleichberechtigung

Der Gender Gap Report 2025 des World Economic Forums (WEF) zeigt, dass es aktuell noch 123 Jahre dauern wird, bis überall Geschlechtergerechtigkeit herrscht. Dabei waren wir weltweit schon mal deutlich weiter. 2020 schätzten die Analyst*innen die verbleibende Zeit bis zur vollständigen Gleichstellung von Frauen und Mädchen noch auf 100 Jahre. Verantwortlich gemacht für diesen Rückschritt werden unter anderem die Corona-Pandemie und die aktuell internationalen Krisen.

Für die Auswertung wurden die Chancen auf Teilhabe von Frauen in Wirtschaft und Politik insbesondere erhoben, denn genau bei diesen beiden Bereichen ist der Abstand stets besonders groß, so auch im Auswertungszeitraum. Weiterhin wurde untersucht, wie der Zugang von Frauen und Mädchen zu Bildung und Gesundheitswesen ist. Hier war der Gender Gap nicht mehr so stark ausgeprägt, aber immer noch hoch insbesondere mit Blick auf Afghanistan.

Weiterhin wurde nach Bericht der Frauenorganisation UN Women festgestellt, dass noch immer viele Frauen sexualisierte sowie partnerschaftliche Gewalt erleben und nur unzureichend über ihren eigenen Körper bestimmen können. Weltweit habe es bislang kein Land geschafft, geschlechtsspezifische Diskriminierung zu beseitigen.

Deutschland verschlechtert sich im internationalen Ranking um zwei Plätze nun auf Rang neun von 148 untersuchten Ländern weltweit. Verantwortlich für die negative Entwicklung sind u. a. die Stagnation bei der ökonomischen und die Verschlechterung bei der politischen Teilhabe von Frauen in Deutschland.

Alles nachzulesen unter: <https://de.statista.com>

Digitaler Gleichstellungsatlas der Bundesregierung

Am 15. Oktober hat das Bundesgleichstellungsministerium drei neue Indikatoren in den [Digitalen Gleichstellungsatlas](#) aufgenommen. Die Indikatoren zeigen Unterschiede zwischen Männern und Frauen beim Zeitaufwand für unbezahlte Sorgearbeit, der Bezugsdauer von Elterngeld sowie der Pflege von Angehörigen und Nahestehenden. Die aktuellen Daten machen deutlich: Frauen übernehmen weiterhin den Großteil der Care-Arbeit - mit Nachteilen für ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit. Die Indikatoren sind eine wichtige Ergänzung zum bisherigen Datenangebot des Digitalen Gleichstellungsatlas.

Dabei sind große Unterschiede beim Zeitaufwand für Sorgearbeit zwischen Frauen und Männern zu verzeichnen. Frauen verwenden am Tag im Durchschnitt 43,4 Prozent mehr Zeit für unbezahlte [Sorgearbeit](#) als Männer. Das umfasst zum Beispiel die Betreuung von Kindern, Arbeiten im Haushalt oder ehrenamtliches Engagement. Umgerechnet macht der Unterschied zwischen Frauen und Männern fast neun Stunden pro Woche aus. Weil diese Zeit für Erwerbsarbeit fehlt, ergeben sich dadurch wirtschaftliche Nachteile für Frauen.

Viele Väter beziehen auch Elterngeld, aber kürzer als Mütter. Im Gleichstellungsatlas gibt es bereits einen Indikator zur Väterbeteiligung am [Elterngeld](#). Diese ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Für Kinder, die im Jahr 2022 geboren wurden, haben bereits 46,3 Prozent der Väter Elterngeld bezogen. Aber: Mütter beziehen mit durchschnittlich 14 Monaten deutlich länger Elterngeld als Väter mit 3,3 Monaten. Diese Unterschiede macht der nun ergänzte Indikator "Bezugsdauer von Elterngeld" sichtbar.

Rentenversicherte Pflegepersonen, das macht der Bericht deutlich, sind zumeist Frauen. Nicht nur die Betreuung von (kleinen) Kindern, sondern auch die [Pflege von Angehörigen](#) und Nahestehenden wird überwiegend von Frauen geleistet. Das zeigt der neue Indikator zu häuslicher Pflege: Laut Zahlen der Deutschen Rentenversicherung waren im Jahr 2022 rund 86 Prozent der aktiv versicherten Pflegepersonen Frauen.

Nachzulesen in: [Digitaler Gleichstellungsatlas - BMBFSFJ](#)

Broschüre zur ökonomischen Gleichstellung

Was braucht es, damit die ökonomische Gleichstellung gelingt? Mit dieser Frage hat sich die Gleichstellungsabteilung des BMBFSFJ gemeinsam mit renommierten Expert*innen beschäftigt. Das Ergebnis ist ein Kurz-Kompendium, das als Strategierahmen Wirklichkeiten, Ziele und Wege zur ökonomischen Gleichstellung bis 2030 beschreibt. Damit wird die erste Gleichstellungsstrategie der Bundesregierung weiterentwickelt. Erarbeitet wurde die Broschüre vom Center for Responsible Research and Innovation (CeRRI) am Fraunhofer IAO, gefördert vom [Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend](#).

Die Broschüre kann [hier](#) heruntergeladen werden.

Anteil von Frauen in Führungspositionen gestiegen

Die Bundesregierung hat am 15. Oktober die von der Bundesfrauenministerin Karin Prien und der Bundesjustizministerin Stefanie Hubig gemeinsam vorgelegte [9. Jährliche Information der Bundesregierung](#) über die Entwicklung des Frauenanteils in Führungsebenen und in Gremien der Privatwirtschaft und des öffentlichen Dienstes sowie der Unternehmen mit unmittelbarer Mehrheitsbeteiligung des Bundes beschlossen. Danach ist der [Frauenanteil in Führungspositionen](#) in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Dienst, bei Bundesunternehmen sowie in den Gremien des Bundes insgesamt kontinuierlich gestiegen. Aber in Politik und Wirtschaft sind Frauen noch immer unterrepräsentiert.

Der Bericht wertet - je nach betrachteter Kategorie - Zahlen aus den Jahren 2022 bis 2024 aus. In der Privatwirtschaft hat sich der Frauenanteil im Geschäftsjahr 2022 für die 1915 betrachteten Unternehmen weiter erhöht. In den Aufsichtsräten erhöhte sich der Frauenanteil von 2015 bis 2022 von 18,6 Prozent auf 27,4 Prozent. In den Unternehmen, die unter die feste Quote für den Aufsichtsrat fallen, ist der Frauenanteil seit 2015 um mehr als 10 Prozent-Punkte gestiegen. Bei den börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen wurde die gesetzlich vorgegebene Mindestquote von 30 Prozent im Geschäftsjahr 2022 um 7,1 Prozentpunkte übertroffen. Im Geschäftsjahr 2023 steigerte sich der Anteil auf 37,7 Prozent. In den Unternehmensvorständen waren Frauen im selben Zeitraum unterrepräsentiert: Ihr Anteil lag 2022 trotz einer Steigerung um 1,5 Prozentpunkte bei lediglich 13 Prozent. In Vorständen werden die strategischen Entscheidungen für Unternehmen getroffen, deswegen ist weibliche Repräsentation hier besonders wichtig.

Bei einer Gesamtbetrachtung aller vom Bund bestimmten Gremienmitglieder wurde ein nahezu paritätisches Verhältnis erreicht. Der Blick auf die einzelnen Gremien des Bundes zeigt, dass nach wie vor erst zwei Drittel der Gremien einer paritätischen Besetzung unterliegen. Deshalb dürfen die Anstrengungen hier nicht reduziert werden. Bei den 55 Bundesunternehmen in unmittelbarer Mehrheitsbeteiligung lag der Anteil von Frauen in den Überwachungsgremien bei 45,8 Prozent. Die Geschäftsführungspositionen wurden zu 31,9 Prozent durch Frauen besetzt.

Erneut wurden Daten zum Frauenanteil in den obersten Leitungsorganen bei landes- und bundesunmittelbaren Sozialversicherungsträgern erfasst. Dort gibt es nach wie vor deutlich weniger Frauen als Männer - auch wenn die vorgeschriebene Mindestbeteiligungsquote weitgehend erfüllt wird. So ist beispielsweise bei den landesunmittelbaren Sozialversicherungsträgern der Frauenanteil an den Beschäftigten mit 74 Prozent wesentlich höher als der Frauenanteil an den Führungspositionen mit 27 Prozent. Beides ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Gesetzesentwurf fordert Diskriminierungsverbot

In einem Gesetzesentwurf fordert der Bundesrat die verfassungsrechtliche Verankerung des Verbots der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität. Das Land Berlin hat hierfür in der 1057. Sitzung des Bundesrates am 26.09.2025 einen Antrag gestellt und wurde dabei von den Ländern Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein unterstützt. Nun ist die Bundesregierung aufgefordert, sich hierzu zu äußern. Anschließend entscheidet der Bundestag über die Aufnahme des Entwurfs. Nachzulesen unter Drucksache 313/25.

Dazu erklärt Alexander Vogt aus dem [Bundesvorstand des LSVD⁺ – Verband Queere Vielfalt](#): „Die heutige Bundesratsinitiative zu Artikel 3 GG ist ein historischer Schritt. Sie sendet ein klares Signal des Zusammenhalts an alle lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen sowie weiteren queeren Menschen (LSBTIQ*) in Deutschland. Gerade jetzt, wo Queerfeindlichkeit nachweislich steigt, ist dieses Zeichen des Bundesrates für LSBTIQ* von besonderer Bedeutung. Jetzt liegt es am Bundestag, die politische Verantwortung zu übernehmen. Die Demokratie zu schützen, muss auch den expliziten Schutz von LSBTIQ* einschließen.“

Studie aus Österreich: Ausstieg von Frauen aus dem MINT-Bereich

Die vom Österreichischen Fonds zur Stärkung und Förderung von Frauen und Mädchen in Auftrag gegebene [Studie „Watch Out for Drop-Out!“](#) untersuchte die Ausstiegsquoten von Frauen in MINT entlang der Bildungs- und Berufsstationen sowie deren Ursachen. Dazu wurden 741 Frauen im Alter von 25 bis 45 Jahren befragt, die entweder in einem MINT-Beruf tätig sind, wieder einsteigen wollen oder eine entsprechende Ausbildung abgebrochen haben. Die Ergebnisse verdeutlichen die sogenannte Leaky-Pipeline im MINT-Bereich: Der Frauenanteil schrumpft entlang der Bildungskette kontinuierlich. So entscheiden sich nur 15 % der Frauen nach dem Abschluss einer Berufsbildenden Höheren Schule (BHS) für ein Studium in einem MINT-Fach. Nur 3 % von ihnen schließen diese Ausbildung auch wirklich ab. Bei den Männern sind es hingegen 33 %, die ein MINT-Studium beginnen, und 7 %, die eine BHS abgeschlossen haben, schließen es auch ab. Von den Frauen mit einer abgeschlossenen MINT-Ausbildung arbeiten anschließend nur 31 % im MINT-Bereich, bei den Männern sind es 57 %. Zusätzlich konnte die Studie aufzeigen, dass Frauen ein mehr als doppelt so hohes Risiko haben, ihren MINT-Beruf wieder zu verlassen als Männer. Als Hauptfaktor identifiziert die Studie tief verankerte geschlechtsbezogene Ungleichheit, die durch männlich geprägte Betriebskulturen aufrechterhalten wird.

Informationen aus der BAG

HateAid Kampagne: #NotYourBusiness

Die BAG unterstützt die Petition von HateAid gegen die Veröffentlichung und Verbreitung von gestohlenen und gefälschten Nacktbildern im Netz. Anlass ist eine von HateAid begleitete Klage gegen Google, nachdem intime Bilder einer Frau trotz Löschversuchen weiterhin über die Bildersuche auffindbar sind. Ziel des Grundsatzprozesses ist es, Betroffene rechtlich zu schützen.

Nacktbilder werden geklaut. Gefälscht. Millionenfach im Internet verbreitet. Während Betroffene vor Gericht darum kämpfen, die Bilder aus dem Netz zu kriegen, machen Google und andere Tech-Giganten Profit damit. Damit das aufhört, hat HateAid Anfang September einen neuen Grundsatzprozess und eine Petition gegen den Profit mit gestohlenen und gefälschten Nacktbildern gestartet.

Die Petition richtet sich an die Bundesjustiz- und die Bundesdigitalministerin und fordert ein Ende des Profits mit bildbasierter sexualisierter Gewalt. Unterschrieben werden kann die Petition noch unter diesem [Link](#)

Die vollständige Pressemitteilung der BAG kann [hier](#) nachgelesen werden.

Neue Statistik zu Femiziden

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen hat erstmals Tötungsdelikte an Frauen umfassend untersucht und dabei den Schwerpunkt auf Femizide gelegt.

Gemeint sind Taten, bei denen Frauen aufgrund ihres Geschlechts getötet werden. Zwischen 2014 und 2023 wurden in Nordrhein-Westfalen 1666 versuchte und vollendete Tötungsdelikte an Frauen registriert, davon wurden 522 als Femizide eingeordnet. 235 Frauen verloren dabei ihr Leben. In 87 Prozent der Fälle handelte es sich um Beziehungstaten, die überwiegend durch aktuelle oder ehemalige Partner begangen wurden.

Der Femizid war in Deutschland zum Zeitpunkt der Projektdurchführung weder ein Straftatbestand noch ein Rechtsbegriff. Zudem lag auch insgesamt keine allgemeingültige Definition des Begriffs vor. Teilweise wurde der Begriff sehr weit ausgelegt und für jegliche Tötung einer Frau, unabhängig von Tatkontexten und Tatmotiven, angewandt, teilweise sehr eng und nur für Tötungen von Frauen aufgrund eines geschlechtsspezifischen Motivs verwendet. Ein Ziel des Projektes war die differenzierte Betrachtung des Phänomenbereichs.

Die Untersuchung zeigt, dass patriarchale Kontroll- und Besitzansprüche häufig eine entscheidende Rolle spielen. Expertinnen und Experten betonen, dass Prävention bereits bei der gleichstellungsorientierten Erziehung von Kindern anfängt und dass Unterstützungsstrukturen für betroffene Frauen flächendeckend gestärkt und leichter zugänglich gemacht werden müssen.

Der Ergebnisbericht zur gesamten Studie kann [hier](#) nachgelesen werden.

Bündnis Sorgearbeit Fair Teilen hat Factsheet veröffentlicht

Das Bündnis Sorgearbeit Fair Teilen macht mit ihrem neuen Factsheet „Sorgearbeit ist der Normalfall: Zeit für Erwerbs- und Sorgearbeit“ auf zentrale Ungleichheiten aufmerksam. Frauen arbeiten im Durchschnitt weniger Stunden im Beruf, weil sie den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten. Fast jede zweite erwerbstätige Frau und zwei Drittel der Mütter sind in Teilzeit beschäftigt. Bei Männern ist der Anteil deutlich geringer.

Zudem leisten Frauen rund neun Stunden pro Woche mehr unbezahlte Arbeit als Männer. Bei Müttern beträgt der Unterschied sogar über 14 Stunden. Besonders in der Pflege zeigt sich die Ungleichheit: Frauen pflegen mehr als doppelt so häufig Angehörige wie Männer. Eine gerechte Verteilung von Sorgearbeit würde nicht nur zur Gleichstellung beitragen, sondern auch den Arbeitsmarkt um hunderttausende Vollzeitäquivalenz entlasten.

Das vollständige Factsheet ist nachzulesen unter: [hier](#)

17. November 2025: Fachtag zum Vierten Gleichstellungsbericht „Gleichstellung in der sozial-ökonomischen Transformation“

Zeit: 17. November 2025

Ort: Konferenzzentrum Mauerstraße, 10117 Berlin, Mauerstraße 27

Anmeldeschluss: 4. November 2025

Veranstalterin ist das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Im Rahmen der Tagung möchte das Bundesministerium mit Fachvorträgen, thematischen Workshops sowie einem Podiumsgespräch allen Teilnehmenden die Möglichkeit geben, Ihr Wissen zu erweitern bzw. zu vertiefen und sich mit den Sachverständigen des Berichts, Vertreterinnen und Vertretern aus Bund, Ländern, Kommunen, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie der Wirtschaft auszutauschen. Gemeinsam möchten man zu ausgewählten Themenfeldern des Berichts in ein Gespräch kommen und Ideen für die Umsetzung der im Bericht enthaltenen Handlungsempfehlungen sammeln.

Alle notwendigen Informationen zur Fachtagung und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter: bmbfsfj-veranstaltungen.bafza.de/fachtagung-vierter-gleichstellungsbericht/start.

Eine **Bestätigung** über die Teilnahme **erfolgt** zeitnah mit einer gesonderten E-Mail.

Weitere Fragen können gerne an das Team des Veranstaltungsmanagements im Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben veranstaltung@bafza.bund.de gestellt werden.

05. Dezember 2025: Fachveranstaltung „Gleichstellung durch Beschaffung stärken“

Zeit: 5. Dezember 2025 von 10 bis 16:30 Uhr

Ort: Bundesstiftung Gleichstellung, Karl-Liebknecht-Str. 34, 10178 Berlin

Veranstalterin: Bundesstiftung Gleichstellung und FEMNT e. V.

Mit der Beschaffung von Dienstleistungen und Waren steht der öffentlichen Hand ein wirkungsvolles Instrument zur Verfügung, um Gleichstellung aktiv voranzubringen. Aber wie kommt die Gleichstellungsdimension in die Vergabep Praxis? Welche Praxisbeispiele gibt es bereits? Welche rechtlichen Grundlagen und strategische Argumente für gleichstellungsorientierte Beschaffung gibt es?

Die Fachveranstaltung bietet neben fachlichen Inputs Raum für Austausch. Es werden anhand von Praxisbeispielen in Workshops Ideen für eine konkrete Umsetzung erarbeitet.

Die Veranstaltung richtet sich an Gleichstellungsbeauftragte aus Städten und Kommunen, Ländern und Bund sowie an weitere Interessierte aus der öffentlichen Verwaltung.

Eine Registrierung für die Teilnahme ist bis zum 12.11.2025 möglich unter: shorturl.at/y02rg

Die Plätze sind begrenzt. Eine Platzvergabe erfolgt im Anschluss an den Registrierungszeitraum.

Weitere Fragen gerne jederzeit an das Team der Bundesstiftung.

Telefonisch: +49 30 994 0570 71 oder

Mail: check@bundesstiftung-gleichstellung.de

10. Dezember 2025: Online Workshop „Zu alt für Gewalt – Ein gefährlicher Irrtum! Gewaltschutz für ältere und hochaltrige Frauen

Zeit: 14 bis 15:30 Uhr

Ort: online

Ältere und hochaltrige Frauen werden als Betroffene von häuslicher/ sexualisierter Gewalt bisher wenig wahrgenommen. Aber auch sie erleben in ihren Partnerschaften, innerfamiliär und/ oder in der Öffentlichkeit geschlechtsspezifische Gewalt.

Im Workshop wird dargelegt, inwieweit gesellschaftliche Altenbilder und Mythen über sexualisierte Gewalt Unsichtbarkeit fördern, welche besonderen Herausforderungen und Risikofaktoren es im Kontext Alter (Pflege) und geschlechtsspezifische Gewalt gibt und welche Bedarfe und Anforderungen aus diesen Erkenntnissen für das Gewalthilfesystem und die Umsetzung des Gewalthilfegesetzes resultieren.

Referentin: Denise Klein, Paula e.V. – Fachberatungsstelle für Frauen ab 60 Jahre in Köln

Begleitung: BAG Sprecherin Tinka Juliane Frahm

Anmeldung unter diesem [Link](#)

Noch aktuell: Online-Sprechstunden Antifeminismus

In Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung bieten wir erneut Sprechstunden zum Thema Antifeminismus an. In einem geschützten Rahmen können Erfahrungen und Fragen aus dem Arbeitsalltag eingebracht werden. Gemeinsam entwickeln wir praxisnahe Handlungsstrategien, begleitet durch die Expertise von Wiebke Eltze (Amadeu Antonio Stiftung). Antifeminismus zeigt sich oft subtil, z. B. durch Abwertung von Gleichstellungsarbeit („Brauchen wir das überhaupt?“), Kommentare zur Rolle von Frauen („Warum arbeitest du, wenn du Kinder hast?“) oder Täter-Opfer-Umkehr („Frauen sind doch selbst schuld“). Solche und ähnliche Beispiele möchten wir gemeinsam reflektieren und Lösungsansätze erarbeiten.

Termine und Anmeldung

Die Sprechstunden werden von BAG Sprecherinnen begleitet und finden im November und Dezember noch an folgenden Terminen statt:

17.11.2025 | 13:00 – 14:00 Uhr | **Anmeldung unter diesem [Link](#)**

08.12.2025 | 13:00 – 14:00 Uhr | **Anmeldung unter diesem [Link](#)**

Termine

Konstituierung Gleichstellungsbeirat in Sachsen

In seiner Sitzung am **23. Oktober** unter der Leitung von Staatsministerin Petra Köpping hat sich der neue Gleichstellungsbeirat des Freistaates Sachsen konstituiert. Das überparteiliche Gremium wird nun für die Dauer der Legislaturperiode tagen. Dem Beirat gehören insgesamt 39 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft sowie der Wirtschaft an.

In seiner konstituierenden Sitzung haben sich die Mitglieder unter anderem auch über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des Beirats seit der letzten Legislaturperiode verständigt. Außerdem wurde die im Oktober 2024 veröffentlichte Studie »Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen« vorgestellt. Die Studie liefert Impulse, wie der Anteil von Frauen in kommunalpolitischen Mandaten und Ämtern erhöht und die Attraktivität des kommunalpolitischen Engagements verbessert werden kann.

Die LAG der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Sachsen ist gleichfalls im Beirat mit unserer Sprecherin Konstanze Morgenroth vertreten.

Alles weiteren Informationen unter: www.sachsen.de/gleichstellungsbeirat

11. Engagementpreis des Landesfrauenrates vergeben

Der Landesfrauenrat Sachsen e.V. verlieh am **23.10.2025** zum elften Mal seinen Engagementpreis. Den Preis erhält in diesem Jahr die **Stadt- und Verwaltungsleitung Ehrenfriedersdorf im Erzgebirge – alles Frauen**.

Die Jury würdigt mit dem Preis ihre Arbeit als **Gestalterinnen des Generationenwandels** und eines zukunftsgerichteten Strukturwandels.

Die Frauen Silke Franzl, Carmen Krüger, Iris Schmidt, Sandra Preiß, Birgit Bauer, Stefanie Wiesehütter und Claudia Seidel tragen mit ihrem Engagement dazu bei, komplexe Wandelprozesse vor Ort zukunftsnahe und geschlechtergerecht zu gestalten. Dies beinhaltet vor allem die Sicherung und den Ausbau der regionalen Daseinsvorsorge wie zum Beispiel die Investition in den Breitbandausbau oder die Sanierung der Grundschule.

Zusätzlich tragen die Ehrenfriedersdorfer Frauen maßgeblich zum Erhalt des lokalen Vereinslebens und der Kultur- und Brauchtumpflege bei. Eine besondere Rolle spielt hierbei die Sicherung und Tradierung der erzgebirgischen Mundart durch Carmen Krüger.

Der Engagementpreis des Landesfrauenrates Sachsen ehrt jedes Jahr das herausragende Engagement von Frauen und Initiativen, die sich für die Gleichstellung von Frauen, die Stärkung von Frauenrechten und eine solidarische Gesellschaft einsetzen.

Der Themenfokus 2025 „Frauen – Generationen – Wandel“ lenkt den Blick auf die Rolle von Frauen in vielfältigen Veränderungsprozessen: beim Generationenwandel und in generationenübergreifender

Arbeit, im Strukturwandel – z. B. in Regionen wie der Lausitz oder im Erzgebirge, im Kontext von ökologischen, sozialen, digitalen oder wirtschaftlichen Transformationen sowie im Umgang mit Migration, demografischen Entwicklungen und demokratiegefährdenden Tendenzen.

Informationen zur Veröffentlichung unter:

<https://landesfrauenrat-sachsen.de/aktivitaeten/engagementpreis-2025/>

13.11 2025: Frauen und Finanzen – Wertpapiere an der Börse anlegen oder mit Kryptowährung reich werden?

Zeit: 13.11.2025, 18:30 Uhr

Ort: Volkshochschule Radebeul-Ost, Sidonienstraße 1a, 01445 Radebeul, barrierefreier Zugang

Veranstalterin: Gleichstellungsbeauftragte Radebeul und Volkshochschule Radebeul-Ost

Eintritt: 5,00 € bzw. 2,50 € ermäßigt mit Radebeul-Pass, Tickets an der Abendkasse oder in der Tourist-Information

„Wertpapiere an der Börse anlegen oder mit Kryptowährung reich werden?“ Frauen können Börse, das hat die Vergangenheit schon bewiesen. Sie erfahren im Vortrag, wie man an Geldanlagen wie Aktien, Anleihen oder ETFs herangeht, welche Rolle die Risikoeinschätzung spielt und wie riskant Kryptowährungen gegenüber Wertpapieren sind. Es gibt Antworten auf Fragen wie: Was sind Voraussetzungen, um erfolgreich an der Börse zu investieren? Oder: Wann lohnt sich ein hohes Risiko bei der Geldanlage?

Referentin. Diplom-Ökonomin Beate Grützner

14.11. bis 25.11.2025: Ausstellung „Auf-Bruch“

Das Lokale Bündnis für Familie Annaberg und die Kommunale Gleichstellungsbeauftragte des Erzgebirgskreises laden zur Ausstellung und Vernissage zur Ausstellung „AUF-BRUCH“ herzlich ein.

Gewalt in unserer Gesellschaft darf kein Tabuthema sein. Die Ausstellung zeigt Werke, die sich mit den Momenten des Übergangs, des Aufbruchs und der Veränderung befassen – kraftvoll, nachdenklich und vielschichtig interpretiert.

Ausstellung:

Zeit: 14.11. bis 25.11.2025

Ort: AWO Bürgerhaus Drehbach, am Zechengrund 4, 09430 Drehbach, Zugang barrierefrei

Vernissage:

Zeit: 14.11.2025 ab 17:30 Uhr

Ort: AWO Bürgerhaus Drehbach

Um Voranmeldung wird gebeten bis zum 10.11.2025 unter buengerhaus@awo-annaberg.de oder Telefon: 037341 48068 oder: tina.laemmel@kreis-erz.de

Zum Abschluss der Ausstellung gibt es eine Lesung mit Klaus-Dieter Kunick aus „Der lange Weg zur Freiheit.“

Lesung:

Zeit: 25.11.2025 ab 17:00 Uhr

Ort: AWO Bürgerhaus Drehbach

„Strike für die Gesundheit – Männer in Aktion“

Zeit: 13.11.2025 16:30 bis 19 Uhr

Ort: Bowlingcenter Joes, Krietzschwitzer Straße 18a, 01796 Pirna

Veranstalterin: Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Sächsische Schweiz – Osterzgebirge und der Stadt Pirna, Kreissportbund Pirna

Anmeldung über: Saskia Joos, Telefon: 03501 515 1010, gleichstellung@landratsamt-pirna.de oder Sandra Wels, Telefon: 03502 556 387, gleichstellung@pirna.de

"Strike für die Gesundheit - Männer in Aktion" ist ein Begegnungsbowling für Männer zum Weltmännertag und dem Internationalen Tag für Männergesundheit. Es ist ein entspannter Bowlingnachmittag nur für Männer.

Die Veranstaltung bietet nicht nur die Möglichkeit, die eigenen Bowlingfähigkeiten zu testen, sondern auch ein Netzwerk zu bilden, das über alle Grenzen hinweg verbindet und die Gemeinschaft stärkt. Im Vordergrund stehen Freude, Bewegung und Austausch, wobei auch Raum für Fragen und Gespräche bleibt.

Ein geladen sind alle Männer unabhängig von Alter, Herkunft oder Beeinträchtigung. Bei Bedarf an einer Kinderbetreuung besteht die Möglichkeit, Kontakt mit uns aufzunehmen.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Wir freuen uns darauf, viele Männer aus der Region zu begrüßen und gemeinsam einen unvergesslichen Nachmittag zu erleben, der die Vielfalt feiert und das Miteinander stärkt!

Veranstaltungen zum Tag gegen Gewalt an Frauen - 25.11.

20.11.2025: Theaterstück „Die Frau, die gegen Türen rannte“

Zeit: 20.11.2025, ab 18:00 Uhr, Beginn des Theaterstücks um 19:30 Uhr

Ort: Landesbühnen Sachsen, Eingang Studiobühne, Meißner Str. 152, 01445 Radebeul

Veranstalterin: Gleichstellungsbeauftragte Stadt Radebeul, Netzwerk gegen häusliche und sexualisierte Gewalt Landkreis Meißen und Zonta Club Elbland

Der Eintritt ist kostenfrei.

„Die Frau, die gegen Türen rannte“ – ein Theaterstück von Roddy Doyle, gespielt vom Ensemble La Vie e.V.

Für Paula Spencer ist mit 39 Jahren ein Großteil ihres Lebens schon gelaufen. Und der war nicht gut. Den wehenden, geblühten Schlafzimmervorhang über ihrem Kinderbett hat es nie gegeben – wohl aber die Übergriffe ihres Vaters. In der Schule wird sie knapp über Sonderschulklassenniveau eingestuft. Zwischen abgestumpften Lehrern und zudringlichen Banknachbarn trainiert sie abgebrühtes Benehmen, dann gründet sie mit ihrer Jugendliebe Charlo eine Familie. Und immer

wieder sitzt sie im Krankenhaus und erklärt ihre Verletzungen damit, dass sie gegen eine Tür gelaufen sei. Nun ist Charlo tot und Paula beginnt zu sprechen.

Ein furioser vom Booker-Preisträger Roddy Doyle geschriebener Monolog über eine enttäuschte Liebe und den unermüdlichen Versuch, das Leben aus eigener Kraft in den Griff zu bekommen.

25.11.2025: Kino – „Morgen ist auch noch ein Tag“

Zeit: 25.11.2025, 19:45 Uhr

Ort: Astoria Filmpalast Zwickau, Poetenweg 6-8, 08056 Zwickau

Eintritt: 8,00 € an der Kasse oder im Vorverkauf

Veranstalterin: Filmpalast Astoria Zwickau, Wildwasser Zwickauer Land e.V., SOS Kinderdorf Sachsen, Mehrgenerationenhaus Zwickau, Opferhilfe Sachsen e. V., Beratungsstelle Handschlag, Polizei Sachsen, Polizeidirektion Zwickau, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Zwickau und des Landkreises Zwickau

Eine Sonderveranstaltung im Rahmen des Aktionstages „Nein zu Gewalt an Frauen“

27.11.2025: Kino mit Kerzengedenken – „Morgen ist auch noch ein Tag“

Zeit: 27.11.2025, 18:00 bis 21:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr

Ort: Filmpalast Pirna, Gartenstraße 11, 01796 Pirna

Veranstalterin: Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Pirna, DRK Interventions- und Koordinierungsstelle zur Beratung und Hilfe bei häuslicher Gewalt, Soroptimist Club Pirna

Die Veranstaltung ist kostenfrei!
Um eine Anmeldung wird gebeten.

Anlässlich des 25. November und der Orange Days im Landkreis Görlitz ab dem 25.11.:

„Hinsehen. Erinnern. Handeln.“

Initiator*innen und Umsetzer*innen: Die Arbeitsgemeinschaft gegen Beziehungsgewalt gemeinsam mit der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten für den Landkreis Görlitz, Marika Vetter und den Städten und Gemeinden Görlitz, Leutersdorf, Niesky, Ostritz, Schönau-Berzdorf, Weißwasser, Zittau...
...setzen eine Schaufensteraktion mit Wirkung um.

In einer Szene des Alltags – etwa einem Frühstückstisch, einem Wohnzimmer oder einem Kinderzimmer – wird eine Situation dargestellt, in der scheinbar „gerade eben etwas passiert“ ist. Umgeworfene Tassen, ein Kaffeefleck, ein zerbrochener Teller, ein Stuhl am Boden: Alltagsmomente, plötzlich unterbrochen. Diese visuelle Irritation soll wachrütteln, Fragen stellen und Raum geben für Gespräche.

Als Unterstützung erhielt jede teilnehmende Kommune aus der Arbeitsgruppe gegen Beziehungsgewalt:

- eine Materialkiste mit Informations- und Werbematerialien zum 25. November (Plakate, Flyer, Hinweise zu Hilfsangeboten etc.)
- eine Ideensammlung für mögliche Szenarien, die leicht lokal umgesetzt werden können
- auf Wunsch Begleitung bei der Konzeption oder Umsetzung
- die Möglichkeit, am 25.11. selbst eine öffentlichkeitswirksame Aktion (z. B. Mahnwache, Infostand, Lesung) durchzuführen – gern unterstützt durch Mitglieder der Arbeitsgruppe

Die Aktion eignet sich besonders für Kooperationen vor Ort, wie bspw. Kulturakteur*innen, Jugendgruppen oder sozialen Einrichtungen.

Kontakt:

Marika Vetter: gleichstellungsbeauftragte@kreis-gr.de

Maria Schubert: ma.schubert@goerlitz.de

Zum Abschluss der Orange Days, anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10. Dezember

Konfrontations-Kunstaktion der Töchter Europas in Görlitz

Mädchen* und Frauen* inszenieren sich zur Thematik Gewalt gegen Mädchen* und Frauen* unter der Anleitung deutscher und polnischer Künstlerinnen selbst, werden Teil einer größeren Aktionskunst-Gruppe u laufen gemeinsam durch das weihnachtliche Görlitz.

Eine Mitmachaktion der Aktionsgruppe Töchter Europas in Görlitz anlässlich der Orange Days und deren Abschluss mit dem Internationalen Tag der Menschenrechte (10. Dez).

Die Teilnehmenden schminken sich etwa eine Gesichtsverletzung oder tragen ein selbstentworfenes Kostüm. An ihnen ist ein großes Schild oder Button mit der Aufschrift „Frag mich“ oder „Schau her“ befestigt. Gemeinsam bilden sie einen langen Spazierzug durch die Stadt Görlitz – durch den stattfindenden Weihnachtsmarkt. Ziel ist es als Gruppe konfrontativ zu wirken und den Themenkomplex Gewalt gegen Mädchen* und Frauen* in die weihnachtliche Stadt und den Menschen zu kommunizieren.

Der Aufruf zu Mitmach-Kunstaktion erfolgt über Einzelpersonen und Vereine. Im Vorfeld findet ein Workshop mit den Künstlerinnen statt sowie professionellen Akteur*innen des Gewalt- und Opferschutzes.

<https://www.instagram.com/toechtereuropas/>

Weitere Informationen und Vermittlung:

Anja-Christina Carstensen

Marika Vetter gleichstellungsbeauftragte@kreis-gr.de

Tipps

LESENSWERT

Verena Kessler „Gym“



Clever, witzig und wild: mit ihrem neuen Roman erobert Verena Kessler das Fitnessstudio literarisch und »pusht ihre Hauptfigur bis ans Limit.« (Jessica Lind)

Glänzende Spiegel, definierte Körper, legere Flirts am Tresen. Die Protagonistin in Verena Kesslers knalligem Roman liebt ihren neuen Job im MEGA GYM. Es gibt keinen Leistungsdruck, keine Überstunden, dafür liebenswerte Kolleginnen und einen Chef, der stolzer Feminist ist. Alles perfekt, wäre da nicht die klitzekleine Lüge, zu der sie sich im Einstellungsgespräch hat hinreißen lassen. Sie habe kürzlich erst entbunden, hat sie behauptet, und jetzt wollen alle Babyfotos sehen und fragen ständig nach „dem Kleinen“. Doch erst, als Bodybuilderin Vick auftaucht, wird klar, dass ein erfundenes Kind nicht das einzige Geheimnis dieser verschwiegenen Erzählerin ist. Eine Geschichte über Obsession, Ehrgeiz und die selbstzerstörerische Kehrseite schöner Oberflächen.

Mareike Fallwickl, Eva Reisinger „das Pen!smuseum“

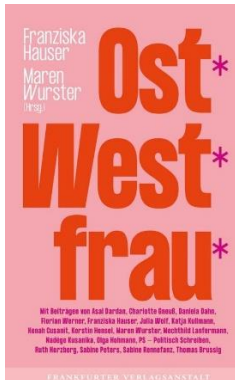


Wütend, unberechenbar und ungezähmt – die Frauenfiguren von Mareike Fallwickl und Eva Reisinger haben genug. Sie lassen sich nichts mehr gefallen, verhalten sich anders, als die Gesellschaft es von ihnen erwartet, sie leben anders, lieben anders, hassen anders. Sie wollen nicht funktionieren müssen, sie sind skrupellos und dabei bestechend originell. Während Anna hochschwanger

fremdgeht, fotografiert Simone heimlich den schlaffen Penis ihres Mannes. Gabi rührt ihren One-Night-Stands morgens Salz in den Kaffee und die Chefin gewöhnt sich ihr Dauerlächeln mit einer Botoxbehandlung ab.

Wenn Mareike Fallwickl und Eva Reisinger gemeinsam ein Buch schreiben, entsteht ein literarisches Feuerwerk. Bitterböse, kompromisslos und dabei unfassbar lustig lesen sich die Geschichten, in denen Frauen aus ihrer Sozialisierung ausbrechen – ein Befreiungsschlag, eine Offenbarung, die Sensation des Bücherherbstes!

Maren Wurster, Franziska Hauser „Ost*West*frau“



Was hat unser Frausein mit Ost und West zu tun? »Ost*West*frau*. Wie wir wurden, wer wir sind« ist eine subjektive Erkundung, eine transgenerationale und feministische Momentaufnahme. Vor 35 Jahren scheiterte der erste Ost-West-Frauenkongress. Was hat sich seitdem bewegt?

»Die Anthologie von Franziska Hauser und Maren Wurster ist eine vielstimmige und äußerst lesenswerte Momentaufnahme der aktuellen feministischen Debatte.« MDR Kultur

Von Prägungen und Zuschreibungen handeln diese Texte, erzählt anhand der eigenen Biografie, der eigenen Intimität. Eine Idee, die aus einer Begegnung der ostdeutschen Autorin Franziska Hauser und ihrer westdeutschen Kollegin Maren Wurster entstand. Sie stellten fest, dass nicht jede Ost-Frau emanzipierte Arbeiterin oder Künstlerin war, die problemlos Familie und Job jonglierte, und nicht jede West-Frau den Haushalt schmiss und in stiller Abhängigkeit vom Ehemann die Kinder großzog. Sowieso – »Ost« und »West« ist vielschichtig, unsere Lebensentwürfe speisen sich aus mehr als politischen Systemen. Überall finden sich Aufbegehren und widersprüchliche Vielfalt. Und doch geben die Fragen der Anthologie unerwartete literarische Antworten: Wie prägt das Großwerden in verschiedenen Gesellschaftssystemen unsere Sexualität, unsere Mutterschaft, die Liebe? Gibt es böse und gute Kinderstuben? Sind Kind- und Fremdheitserfahrungen politisch? Wie kann Begegnung möglich sein und bleiben Differenzen?

Angela Steidele „Ins Dunkel“

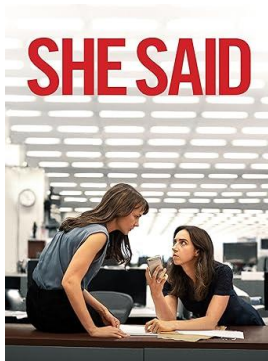


Eine Liebeserklärung an das Kino

Wir sitzen im Dunkeln. Auf der Leinwand treffen sich Greta Garbo und Erika Mann 1969 in den Schweizer Bergen und erinnern sich. Wie war das noch mit Marlene Dietrich und der gemeinsamen Geliebten? Als der Film den Nerv der Zeit traf und die Deutschen Hollywood und ganz Amerika durcheinanderwirbelten. Mit Erika Manns antifaschistischem Kabarett Die Pfeffermühle, während die ganze Welt ins Dunkel glitt? Mit der Zensur nach 1933 auch in den USA? Ach – und wie gut kannten sich eigentlich Greta Garbo und Marlene Dietrich? Wer traute sich mehr auf der Leinwand? Und im Leben?

SEHENSWERT

She Said



„She Said“ basiert auf der bahnbrechenden Reportage der New York Times und erzählt vom riskanten Weg der Journalistinnen Megan Twohey und Jodi Kantor, die das große Schweigen über sexuelle Übergriffe in Hollywood brechen. Entschlossen, die Wahrheit zu enthüllen, die viele zu sagen fürchten, geben Megan und Jodi nicht nur den betroffenen Frauen ihre Stimme zurück, sondern stoßen eine weltweite Welle der Solidarität an. „She Said“ von Emmy®-Gewinnerin Maria Schrader, mit der zweifach Oscar®-Nominierten Carey Mulligan und der Emmy-Nominierten Zoe Kazan ist ein Film über die Reportage, die nicht nur ein Beben in Hollywood auslöste, sondern den Anstoß für einen Wandel gab, der bis heute anhält.

Ein Tag ohne Frauen



Heute gilt Island als einer der besten Orte der Welt, um eine Frau zu sein. Wenn es um die Gleichstellung der Geschlechter geht, zählt die Inselrepublik zu den fortschrittlichsten Ländern der Erde. Das war nicht immer so. Der Grundstein für diesen politischen Fortschritt wurde 1975 durch einen landesweiten Frauenstreik gelegt. An jenem Freitag nahmen 90 Prozent der isländischen Frauen einen Tag frei und legten das öffentliche Leben lahm. Wie es dazu kam, das rekapituliert der kurzweilige Dokumentarfilm „Ein Tag ohne Frauen“ der US-Regisseurin Pamela Hogan.

Hörenswert

Podcast: **Quelle:Internet**



Sophie Passmann startet auf Audible einen neuen Podcast. **Quelle: Internet** heißt der und nimmt sich bekannte Themen des Internets vor. Passmann analysiert diese im Gespräch mit ihrem Sidekick Simon Dömer, der in der ersten Folge von **Quelle: Internet** aber mehr ist als nur ein Sidekick. Dömer hat das Thema „Free Britney“ recherchiert, er moderiert es ausführlich an und füttert damit Sophie Passmann für das darauffolgende Gespräch.

Quelle: Internet ist – nach dem Hören der ersten Folge – ein Podcast mit gesellschaftlichen Themen, die immer stark im Politischen verankert sind, ohne dadurch in der Langweiligkeit zu versinken. Letzteres liegt vor allem auch daran, dass Sophie Passmann gegen Ende der Sendung Britney Spears auf normale Größe bringt. Passmann charakterisiert sie als eine Tante Sabine, die viel größer gemacht wurde, als sie ist: eine Projektionsfläche für viele und gleichzeitig für viele andere Menschen nur peinlich. Diesen Reflex müsse man aber, so Passmann, angesichts des Lebens von Britney Spears, unbedingt unterdrücken, hatte sie doch angesichts ihrer Vita nie die Chance, sich zu einem politisch denkenden Menschen hin zu emanzipieren.

Podcast: **Nicht mehr mein Land** – zehn Jahre "Flüchtlingskrise": Was ist passiert?



Im Flüchtlingsommer 2015 ist Ali Gutfeld stolz auf sein Land. Damals zeigt sich Deutschland offen, hilfsbereit, empathisch. Und Angela Merkel verspricht: "Wir schaffen das". Aber schon im selben Jahr gibt es heftige Proteste gegen Flüchtlinge. Merkel sagt daraufhin, wenn wir uns für Hilfe in Notsituationen entschuldigen müssen, "dann ist das nicht mein Land". Heute, zehn Jahre später, hat sich Deutschland tatsächlich verändert. Rechte Politiker und Unternehmer diskutieren über die "Remigration" von Millionen Menschen. Migration gilt nicht mehr als Chance, sondern als Schimpfwort. In seinem neuen Podcast will Ali Gutfeld herausfinden: Was ist in den letzten zehn Jahren falsch gelaufen? Was können wir dagegen tun? Und er fragt sich: Ist das noch mein Land? In sechs Folgen trifft er Menschen, für die 2015 alles verändert hat. Ein Podcast für alle, die ihr Land nicht wiedererkennen. Damit wir wieder lernen, miteinander zu reden.

Last but not Least

Erwerbstätigkeit von Frauen in Ost und West gleichauf

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung sind aktuell genauso viele Frauen im Westen erwerbstätig wie im Osten. Die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen ist im Westen weiterhin eklatanter.

Im wiedervereinten Deutschland gehen immer mehr Frauen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren einer Erwerbstätigkeit nach. Die gesamtdeutsche Quote ist seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 von 57 Prozent auf 74 Prozent angestiegen, wie das Statistische Bundesamt berichtet.

Den höchsten Anteil weisen die Bundesländer Bayern und Sachsen mit rund 77 Prozent auf, Bremen liegt dagegen mit nur 67 Prozent hinten. Insgesamt ist der Abstand bei der Erwerbstätigkeit von Frauen zwischen Ost und West gesunken, in den ostdeutschen Bundesländern ist der Anteil mit 0,3 Punkten kaum mehr höher als im Westen.

Dieser Newsletter wurde erstellt durch:
Ulrike Lehmann
Gleichstellungs-, Ausländer- und Integrationsbeauftragte Zwickau und Sprecherin der LAG
eMail: ulrike.lehmann@zwickau.de

Die Sprecherinnen der LAG
www.gleichstellungsbeauftragte-sachsen.de